

27. Januar 2011

SPD-Parteivorstand, Telefon (030) 25 991-0, Internet: [www.spd.de](http://www.spd.de)

# Wirtschaft rauf, Löhne rauf: Ein Aufschwung für alle

## I. Nach der Krise – Binnenkonjunktur stärken

Deutschland ist gut durch die Krise gekommen. Dies ist das Verdienst sozialdemokratischer Politik. Wir haben mit aktiver Konjunkturpolitik gegengesteuert. Wir haben mit der Kurzarbeit dafür gesorgt, dass die Menschen in Beschäftigung und Fachkräfte in den Unternehmen geblieben sind. Die Tarifparteien haben alles dafür getan, dass alle Chancen genutzt wurden. Die Beschäftigten haben hart dafür gearbeitet, dass die Konjunktur wieder anzieht.

Jetzt sind die Auftragsbücher wieder voll. Die Unternehmen machen gute Gewinne. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Aufschwung labil ist. Andere große Industrienationen haben die Krise noch nicht überwunden.

Die Nachfrage nach deutschen Produkten ist nicht konstant. Vor allem die Schwäche der USA und Chinas gefährdet die Absatzerwartungen der deutschen Industrie. Hinzu kommen die Euro-Krise und die Sparpolitik in vielen Absatzländern der deutschen Wirtschaft. Daher wäre es riskant, wieder allein auf die deutsche Exportstärke zu setzen.

Die konjunkturelle Erholung wird nur dann zu einem dauerhaften und selbsttragenden Aufschwung, wenn auch die Binnennachfrage gestärkt wird und sich die Wirtschaft insgesamt stark im Wettbewerb aufstellt. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist, dass Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder hergestellt werden. Dazu gehören klare Regeln für die Lohnfindung und die Arbeitsorganisation.

Gleicher Lohn  
für gleiche Arbeit!

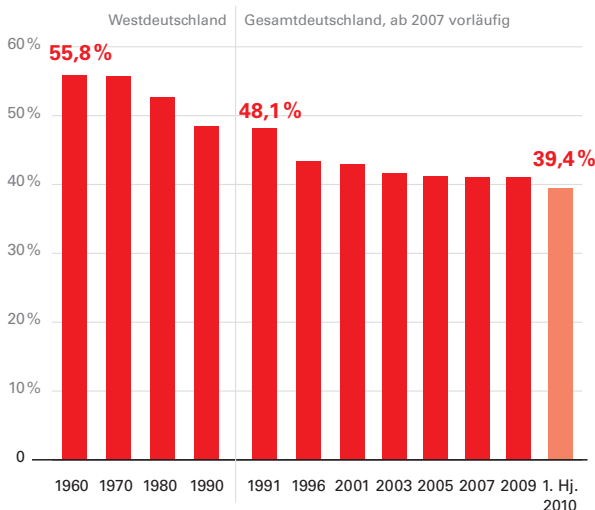
Sonst krieg ich die Krise.

Während die Bundesregierung über die Anhebung des Werbungskostenpauschbetrags – und damit über weniger als drei Euro im Monat für einen Teil der Arbeitnehmer – streitet, leistet sie keinen Beitrag dafür, dass die Beschäftigten mehr „Brutto“ erhalten – als Voraussetzung dafür, dass ihnen auch mehr „Netto“ in der Tasche bleibt.

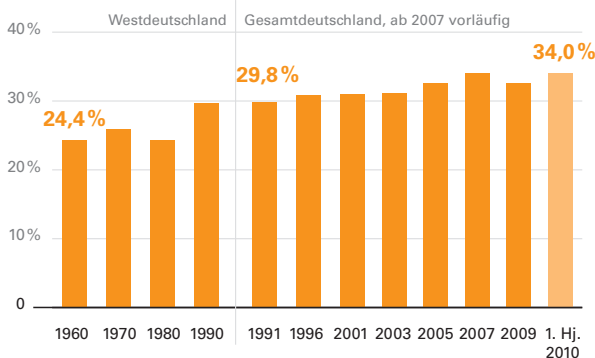
Sonst krieg ich die Krise.

## Verteilung bleibt in Schieflage

Entwicklung von Nettolohnquote ...



... und Nettogewinnquote\*



\* Betriebsüberschuss bzw. Selbstständigeneinkommen plus saldierte Vermögenseinkommen, abzüglich direkte Steuern sowie Sozialbeiträge auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bei den privaten Haushalten; Nettolohn-, Nettogewinnquote und Quote der monetären Sozialleistungen (nicht dargestellt) addieren sich zu 100%.  
Angaben bis 1990 nach deutschem, ab 1991 nach europäischem System der Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung  
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen Schäfer 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

## II. Fehlentwicklungen – Wo die Probleme liegen

### Deutschland ist bei der Lohnentwicklung Schlusslicht in Europa

Über viele Jahre wurde Lohnzurückhaltung gepredigt, mit der Folge, dass die Schieflage in der Verteilung des Volkseinkommens immer größer geworden ist. Diese Entwicklung wurde nur 2009 kurzzeitig unterbrochen, weil die Krise die Gewinne noch stärker getroffen hat. 2010 ist der Anteil der Gewinn- und Kapitaleinkommen wieder deutlich gestiegen, der Anteil der Lohneinkommen gesunken. (Grafik 1)

Deutschland ist zudem Schlusslicht bei der

Reallohnentwicklung in Europa (Grafik 2). Lohnzurückhaltung mag in Einzelfällen, bei Unternehmen in schwieriger wirtschaftlicher Lage, sinnvoll sein; als dauerhafte gesamtwirtschaftliche Strategie ist sie untauglich und kontraproduktiv

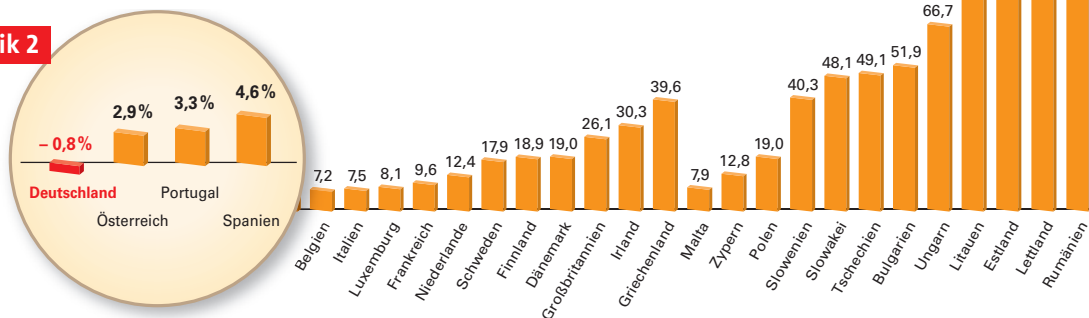
### Der Niedriglohnsektor wächst

Die Zahl der Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, wächst. 22 Prozent der abhängig Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnsektor. (Grafik 3)

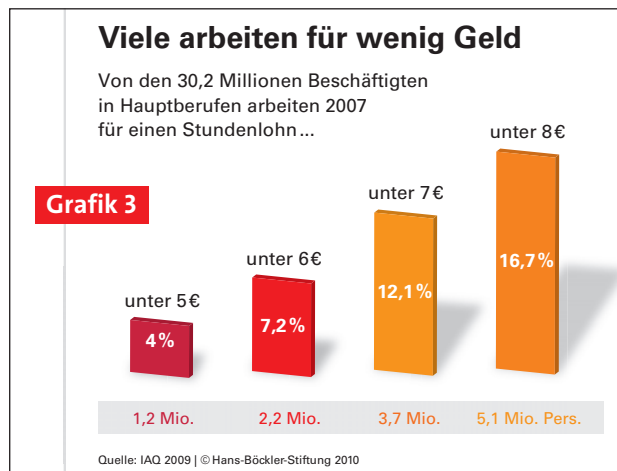
## Nur Deutschlands Reallöhne stagnieren

Im Zeitraum 2000 bis 2008 entwickelten sich die Reallöhne pro Kopf in den ...

Grafik 2



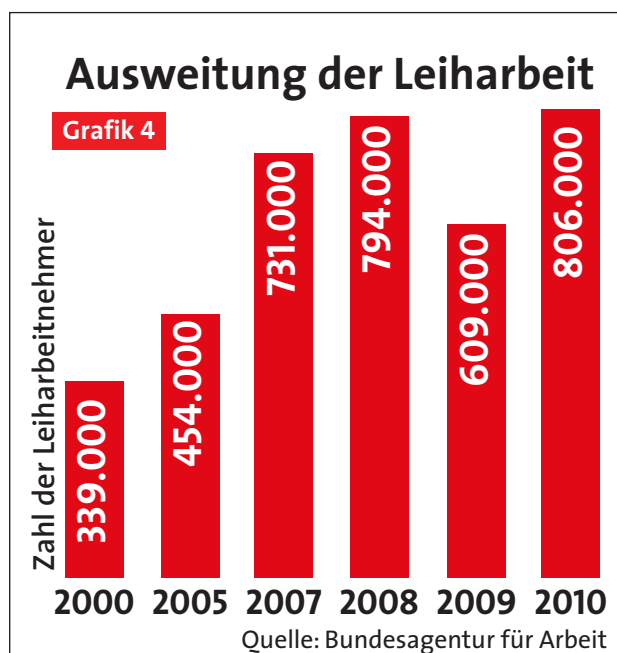
\* Realeinkommen aus unselbständiger Arbeit einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung; Werte für 2008 aus der Frühjahrsprognose der EU-Kommission  
Quelle: Europäische Kommission, Berechnungen WSI 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008



- ▶ Rund 2,2 Millionen Menschen arbeiten für Bruttostundenlöhne unter 5 Euro.
- ▶ Rund 5 Millionen Menschen arbeiten für Bruttostundenlöhne unter 8 Euro.
- ▶ Ca. 1,3 Millionen Menschen sind trotz Erwerbstätigkeit auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen.

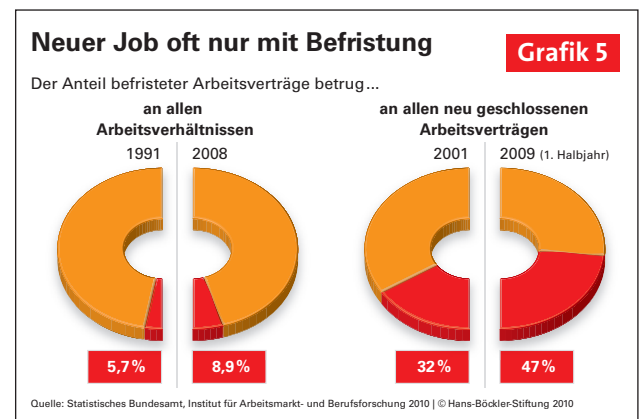
### Atypische und prekäre Beschäftigung hat zugenommen

Atypische und prekäre Beschäftigung hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Damit ist zum einen Lohnrückerei verbunden, zum anderen wächst die Unsicherheit unter den Beschäftigten. Und nicht zuletzt werden den sozialen Si-



cherungssystemen zunehmend die finanziellen Grundlagen entzogen. (Grafik 4)

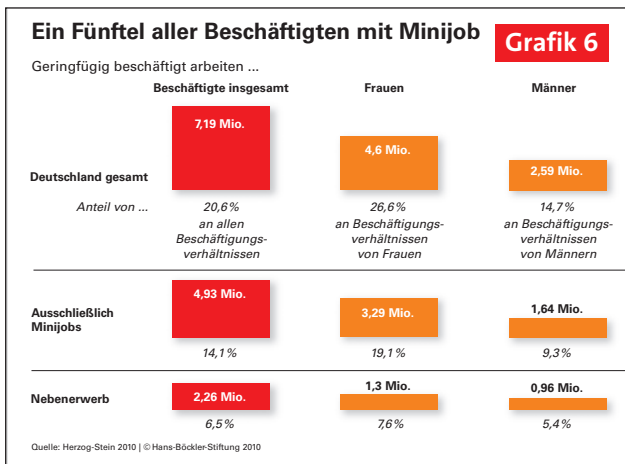
Leiharbeit soll eigentlich dazu dienen, Auftragspitzen in Unternehmen abzudecken. Zunehmend wird Leiharbeit aber dazu genutzt, Lohndumping und Tariffucht zu betreiben. Die Zahl der Leiharbeiter hat in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Nach einem kurzen Einbruch in der Krise ist das Vorkrisenniveau mittlerweile bereits übertroffen. Über ein Drittel der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten offenen Stellen kommen aus dem Bereich der Leiharbeit.



Bis zu zwei Jahre Gesamtdauer können Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund befristet werden. Diese Regelung wurde zu Blüms Zeiten eingeführt, weil man sich davon einen erleichterten Einstieg in ein Normalarbeitsverhältnis erhoffte. Mittlerweile ist jeder zweite neue Arbeitsvertrag befristet. Gerade für junge Menschen ist die oft jahrelange Befristung von Arbeitsverhältnissen zur Regel geworden. Gleichzeitig sollen sie in dieser unsicheren Situation eine Familie gründen, für das Alter vorsorgen und sich sozial und ehrenamtlich engagieren. Das passt nicht zusammen. (Grafik 5)

Die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse ist auf deutlich über sieben Millionen angewachsen und verdrängt reguläre Beschäftigung. Die Aufspaltung normaler Beschäftigungsverhältnisse in Mini-Jobs geht auch zu Lasten der finanziellen Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme. (Grafik 6)

**Wirtschaft rauf - Löhne rauf!**  
 Sonst krieg ich die Krise.



### III. Gute Arbeit braucht Gerechtigkeit – Aufschwung für alle!

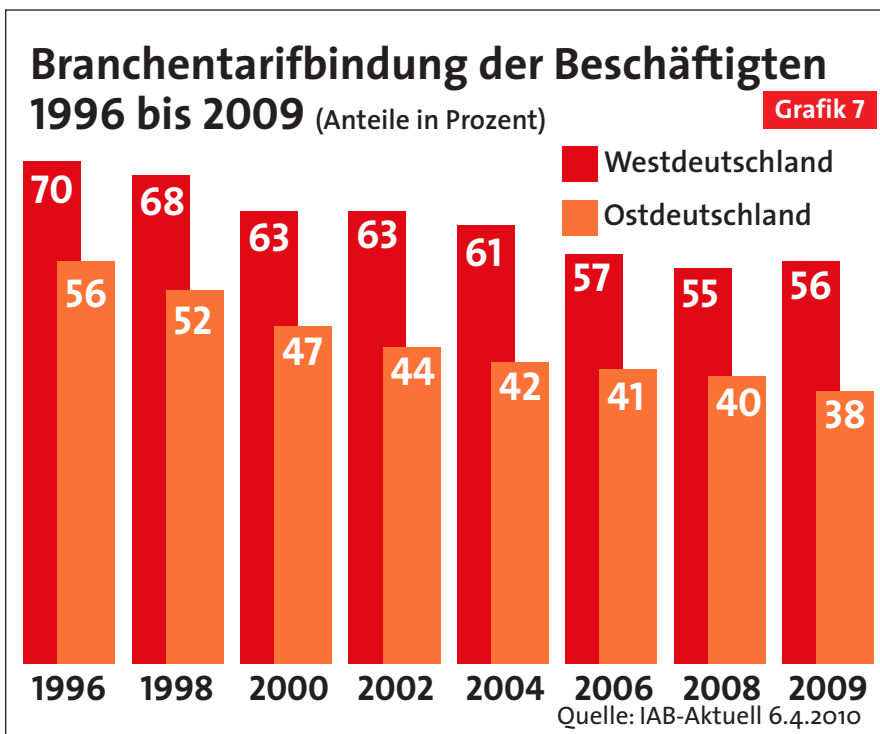
Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben einen Anspruch auf die gerechte Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, aber auch der ökonomischen Vernunft. Damit aus der wirtschaftlichen Erholung ein selbsttragender Aufschwung wird, braucht unser Land wieder klare Regeln auf dem Arbeitsmarkt, gerechten Lohn für gute Arbeit und die Stärkung einer neuen Qualität der Arbeit.

### Unser Tarifvertragssystem bröckelt

Das Tarifvertragssystem hat sich über viele Jahrzehnte bewährt und wesentlich zum sozialen Frieden und wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes beigetragen. Die Tarifbindung geht aber seit Jahren zurück. Nur knapp über die Hälfte der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitet noch in einem Unternehmen, das an einen Flächentarifvertrag gebunden ist. Gleichzeitig ist auch die Anzahl der allgemeinverbindlichen Tarifverträge kontinuierlich gesunken. Derzeit sind noch 1,5 Prozent der Tarifverträge allgemeinverbindlich. (Grafik 7)

#### 1. Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Wir wollen unbefristete und sozial abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse stärken. Das Normalarbeitsverhältnis muss wieder zur Regel werden. Wir wollen den Missbrauch von Leiharbeit zu Lohn dumping und Tariffucht beenden. Der Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ muss nach einer kurzen Einarbeitungszeit uneingeschränkt gelten. Für verleihtfreie Zeiten muss ein Mindestlohn festgelegt werden. Das Synchronisationsverbot ist wieder einzuführen. Wir wollen die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung eines Arbeitsverhältnisses abschaffen. Minijobs dürfen nicht zur Beseitigung regulärer Beschäftigung missbraucht werden.



Das Synchronisationsverbot ist wieder einzuführen. Wir wollen die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung eines Arbeitsverhältnisses abschaffen. Minijobs dürfen nicht zur Beseitigung regulärer Beschäftigung missbraucht werden.

#### 2. Das Tarifvertragssystem stärken

Wir wollen die Tarifbindung und die Bedeutung des Flächentarifvertrages wieder stärken. Dies ist auch im Interesse der ehrlichen Unternehmen, die Wettbewerb über Qualität

und Leistung statt Lohndrückerei entscheiden wollen. Die Politik muss zunehmender Tariffucht durch die gesetzliche Festlegung einer vereinfachten Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen begegnen. Wir wollen die Tarifeinheit bewahren. Aus Sicht der SPD wäre es fatal, wenn in Folge des Urteils des Bundesarbeitsgerichtes Interessenaufsplitterungen und Spaltungen in den Belegschaften zunehmen würden. Wir setzen uns für eine Regelung ein, die die richtige Balance zwischen Wettbewerb und Koalitionsfreiheit auf der einen und Stabilität und Rechtsklarheit für den Fall der Kollision mehrerer Tarifverträge auf der anderen Seite gewährleistet. Die gemeinsame Position der BDA und des DGB ist hierfür eine geeignete Grundlage.

### 3. Gerechter Lohn für gute Arbeit

Wir wollen der Ausbreitung der Armutslöhne durch einen gesetzlichen Mindestlohn begegnen. Niemand darf in unserem Land weniger als 8,50 Euro brutto pro Stunde verdienen. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU ab 1. Mai 2011 erhöht den Druck für einen solchen Schritt zusätzlich. Tariffucht und Lohndrückerei dürfen sich nicht auszahlen. Öffentliche Auftraggeber müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Bei öffentlicher Auftragsvergabe muss die Tariftreue ein wesentliches Kriterium im Vergaberecht sein. Wir begrüßen ausdrücklich die verschiedenen Initiativen sozialdemokratischer Landesregierungen (z.B. das Landestariftreuegesetz in Rheinland-Pfalz, das am 1. März 2011 in Kraft tritt) und Landtagsfraktionen. Bei öffentlichen Ausschreibungen werden nur solche Betriebe berücksichtigt, die sich an Tariflöhne halten, bzw. mindestens ein Entgelt von 8,50 Euro bezahlen, wenn Tariftreue aufgrund der EU-Rechtsprechung nicht verlangt werden kann. Wir setzen uns auch für ein Bundestariftreuegesetz ein.

### 4. Die Qualifizierung der Beschäftigten stärken

Wir wollen gerechte Bildungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Jeder junge Mensch, der einen Beruf lernen will, muss dazu auch die Chance bekommen. Eine duale Berufsausbildung ist nach wie vor der beste Start ins Berufsleben. Wer eine Ausbildung gemacht hat, darf nicht mit Praktika oder befristeten Arbeitsverhältnissen abgespeist werden. Die SPD fordert einen ehrlichen Ausbildungspakt und einen Rechtsanspruch auf Ausbildung und Weiterbildung. Die berufliche Weiterbildung muss intensiviert werden. Die Mittel für die aktive Arbeitsförderung müssen auf hohem Niveau verstetigt werden.

### 5. Neue Qualität der Arbeit

Der Aufschwung muss für echte Fortschritte in der Qualität der Arbeitsbedingungen genutzt werden. Das weit entwickelte Arbeitsschutzrecht muss neuen Herausforderungen psychischer Belastungen am Arbeitsplatz und der zunehmenden Arbeitsverdichtung angepasst werden. Arbeit muss mit Leben und Familie vereinbar sein. Die seit Jahren brachliegende Debatte über intelligente Arbeitszeitmodelle muss wieder reaktiviert werden. Es geht darum, den Bedürfnissen der Beschäftigten über verschiedene Phasen des Erwerbslebens besser gerecht zu werden. Dazu bedarf es sowohl familiengerechter Arbeitszeiten im Betrieb, als auch infrastruktureller Unterstützung durch den Rechtsanspruch auf (kostenlose) Kinderbetreuung und den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen. Das Erfordernis von lebensbegleitender Weiterbildung erfordert auch die bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Bildungszeiten.

*Die Grafiken Nr. 1, 2, 3, 5 und 6 stammen von der Hans-Böckler-Stiftung.*